Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten. Einzelpreis 40 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Vierteljährlich M. 10.—, Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 Geschäftszeit 8—4 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Verlagsleitung 9—11 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—, Finanzanzeigen netto M. 1.50, Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf. — Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. Drahtanschrift: Beobachter, München. Sprechstunde des Hauptschriftleiters 11—1 Uhr, der verantwortl. Schriftleitung 4—5 Uhr nachmittags.

Deutschwirtschaftszeitung / Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Ausgabe 13 München, den 13. Hornung (Februar) 1921 35. Jahrgang

Die Schieber und die hohen Herrn,

die am Montag, den 9. Februar in „einem Hotel der Altstadt", wie der Polizeibericht schamhaft meldet, zur selben Zeit, wo Tausende deutscher Volksgenossen sich zum machtvollen Protest gegen die ententistischen Forderungen vereinten, von einer großzügig angelegten Schlemmerei weg zur Polizeidirektion gebracht wurden, sind dem Volke immer noch unbekannt. Wir wissen nur, daß ein Graf Moy darunter war. Nicht um die Gesellschaft — wie es ihr gehören würde — halbtot zu prügeln, sondern lediglich, um sie der Verachtung aller anständigen Volksgenossen preisgeben zu können, fordern wir die Bekanntgabe der Namen der Beteiligten. Auch die Namen der Mitglieder des 300 gliedrigen Konsortiums des Herrn Kümpel (auf diesen Fall können wir leider erst in der nächsten Ausgabe gebührend eingehen) möchten wir wissen. Der Herr Polizeipräsident sollte sich verpflichtet fühlen zur Bekanntgabe der Namen dieser sonst ja auch sehr „offenen" Kreise, um nicht in den Geruch zu kommen, Leute, die man wegen ihrer schändlichen Handlungsweise an den Pranger stellen müßte, zu begünstigen.

Außenpolitische Rundschau

Die englische Stimmung

C. Berlin, 11. Febr. Lloyd George hat in Birmingham eine zweite Rede gehalten, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßte. Diese Rede ist bei uns weniger beachtet worden. Der wesentlichste Satz lautet: Deutschland sei ein starkes und leistungsfähiges Land, es werde zahlen müssen. Wenn seine Mark nur einen Penny gilt, gut, so werde man sie mit einem Penny berechnen. In London werde er dem deutschen Minister des Äußern, Simons, sagen, daß Deutschland durchaus keine wirklichen Anstrengungen mache, sich von seinen Schulden zu befreien. Was England betreffe, so habe es schon düsterere Zeiten gesehen und sei ihrer Herr geworden. Es werde mit der gleichen Energie auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden, wenn nur alle Engländer einig seien.

Der Gesundheitszustand in England — der Sieger

B. München, 11. Febr. Die „Times" vom 27. Januar berichtet:

„— Die Geburtenzahl für 1920 ist absolut die höchste, die je verzeichnet wurde, und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die höchste seit 10 Jahren — 25,4 auf jedes Tausend der Bevölkerung. Das Verhältnis der Todesfälle zur Bevölkerungszahl ist das niedrigste, das unsere Statistik kennt — 12,4 Todesfälle auf jedes Tausend — und die absolute Zahl der Todesfälle ist nicht mehr so gering gewesen seit 1862, als die Bevölkerung des Landes nur 20 Millionen betrug. Außerdem ist die Säuglingssterblichkeit auf eine noch nicht dagewesene Zahl heruntergegangen — 80 auf je 1000 Geburten, gegen 110 in den letzten Vorkriegsjahren. Diese Zahlen beweisen, daß unsere Volkskraft unvermindert ist und daß der gute Schlag, dem wir entstammen, auch in Zukunft sich bewähren wird. Wir danken das in erster Linie den Müttern und den Ärzten unseres Landes. —" (Auslandspost).

Wir halten die englischen Angaben für — gelinde gesagt Bluff zur Erhöhung des politischen Kredits.

Eine Wirkung von Paris.

Der Stand der deutschen Mark. Es kosteten

	100 Holl. Gulden	100 Schweiz. Franken	100 Franz. Franken	1 Pfund Sterling	1 Dollar	
am 24. Januar	1930.—	915.—	416.—	222.—	58.37	Mark
am 31. Januar	2090.—	980.—	435.—	228.—	63.—	Mark

Man erhielt also am 31. Januar:

für 100 Mark	4.78	10.10	22.98	0.43	1.64	Mark

Die Valuta steigt, wenn die deutsche Regierung die Zähne zeigt, **nicht früher!** Heute fällt sie in rasendem Tempo, der deutsche Auskauf kann weitergehen!

Ein Körnchen Wahrheit

C. Berlin, 11. Febr. Der „Temps" ließ sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Pariser „Vorschläge" den Satz entschlüpfen:

„Nimmt Deutschlands Wohlstand nicht zu, so sind wir die Opfer seiner Zahlungsunfähigkeit, vergrößert aber Deutschland sein Vermögen, so sind wir die Opfer seiner Konkurrenz."

Der Papst und Deutsch-Österreich

B. München, 11. Februar. Papst Benedikt XV. hat in Sachen Österreichs einen langen Brief an seinen „Staatssekretär" geschrieben, dem wir als charakteristisch nur den ersten und letzten Satz entnehmen:

„Die einzigartige traurige Lage, in die Österreich infolge von Krieg und Friedensvertrag gekommen ist, hat sich nunmehr so sehr verschlimmert, daß Wir nicht mehr länger schweigen können. — —

Wir wollen nicht eine praktische Lösung vorschlagen, die, eminent politisch, Sache der Regierungen ist, insbesondere derer, die ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag gesetzt haben. Wir wollen, lediglich bewegt von der Güte Unseres göttlichen Herrn, die alle Menschen, besonders die Leidenden umfaßt, uns darauf beschränken, Herr Kardinal, Sie einzuladen, das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Korps auf die schwerwiegende Angelegenheit hinzuweisen, besonders diejenigen, welche in der Lage sind zu handeln."

Ungarn und die Slowakei.

G. Wien, 11. Februar. Die tschechoslowakische Regierung nimmt derzeit umfangreiche Enteignungen von Grundbesitz in der Slowakei vor, der sich früher in Händen des ungarischen Hochadels befunden hat. So sind verschiedene Mitglieder der gräflich Csákyschen Familie allein mit 76 000 Hektar vertreten. Ferner werden die insgesamt 165 000 Hektar umfassenden acht Güter der Grafen Pálffy enteignet. Die zu enteignenden Zichygüter betragen 55 000, die der Grafen Forgách 43 000, der Grafen Andrássy 37 000, der Grafen Hadik-Barkoczy 27 000, der Grafen Wenckheim 21 000, der Grafen Dessewffy 8000 Hektar. Außerdem kommt ein sich auf 4800 Hektar erstreckendes Gut des Grafen Anton Apponyi zur Enteignung, sowie eines von 10 000 Hektar des Prinzen Ludwig Windischgrätz, eines von 22 000 Hektar des Grafen Ludwig Károlyi und eines zu 10 000 Hektar der Grafen Hunyadi. — Ohne auch nur im mindesten unsere erbitterte Stellungnahme gegen die tschechische Regierung aufzugeben, möchten wir doch ganz nüchtern feststellen, daß das ungarische Interesse an der Slowakei aufs engste mit hochadeligen magyarischen Interessen verknüpft ist!

Nordamerika

C. Berlin, 11. Febr. Immer noch gibt es zahllose, harmlose Gemüter, die sich vom Onkel in Amerika alles Gute und Schöne erhoffen. Ihnen sei folgende Nachricht gewidmet:

Der „Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband", Berlin NW 7, weist nachdrücklich darauf hin, daß deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden ist, laut Bestimmung des amerikanischen Kriegshandelsamtes vom 14. Juli 1919 verboten ist, geschäftliche Transaktionen, wie z. B. Verkauf oder Zedierung ihrer Ansprüche, Beleihung derselben, oder andere Transaktionen, welche in irgendeiner Beziehung zu ihrem beschlagnahmten Eigentum stehen, vorzunehmen. —

Die nordamerikanische Arbeiterbewegung

Neuyork, 10. Febr. Auf der dritten Jahresversammlung des all-amerikanischen Arbeiterbundes („Pan-Amerikan Federation of Labor") ist der Jude Samuel Gompers wieder zum Präsidenten gewählt worden.

Der Sowjetjude

Der russische Sowjetjude Bucharin entwirft vom ungarischen Henkerjuden Tibor Szamuely in der „Roten Fahne" ein überschwengliches, in manchem charakteristisches Bild. Da heißt es u. a.

„Seitdem übt Genosse Szamuely, gleich einem jungen Adler, die Kraft seiner Schwingen. Es gab wenige, die so rückhaltlos, bis zur Neige, ihre ganze Kraft der Sache hingaben, welche jetzt die historischen Schichten in Bewegung gesetzt hat. Mit dem gleichen Enthusiasmus war er in der Agitatorenschule tätig, saß er in der Zeitungsredaktion, bekämpfte er mit der Waffe in der Hand gegenrevolutionäre Aufstände, schrieb er Broschüren, arbeitete er in der Außerordentlichen Kommission, sprach er in Versammlungen oder entwarf er das Tagesprogramm der Genossen. Jeden Augenblick war er bereit, seinen Mauser sprechen zu lassen, von dem er sich nie trennte. (!)

Tibor Szamuely war das Muster der jüdisch-sadistischen Henkersknechte; er hat mit „seinem Mauser", auf den Bucharin schamlos genug anspielt, Hunderte ins Jenseits befördert. Zu feig, der Strafe entgegenzusehen, entleibte sich der Schurke kurz vor seiner Verhaftung mit „seinem Mauser".

Berlin und München —

die Konkurrenz der außenpolitischen Unfähigkeit.

A. B. Ein besonderer Vertreter der Berliner jüdischen Stimmungsmache, Herr Theodor Wolff, äußerte vor kurzer Zeit in seinem „Berliner Tageblatt":

„In den Reden und Artikeln, die in Frankreich um die Entschädigungsforderungen sich drehen, kommt regelmäßig und unvermeidlich das Wort „Gerechtigkeit" vor. Da Deutschland den Krieg, an dessen Ausbruch seine Schicksalslenker in hohem Grade mitschuldig und nur keineswegs allein schuldig waren, verloren hat, und da obrein weite, ehemals glücklich blühende Gefilde auf Befehl der Obersten deutschen Heeresleitung systematisch, mit militaristischer Gründlichkeit und im übrigen völlig zwecklos verwüstet worden sind, so entspricht es, ganz abgesehen von Vertragsverpflichtungen, dem Völkerbrauch, daß Deutschland für das, was in seinem Namen getan wurde, zahlt."

Der Repräsentant bayerischer Volkskraft aber, Herr von Kahr, hat am 10. Nov. 1920 im bayer. Landtag in einer „großangelegten" Rede nach dem einhelligen Zeugnis der Münchner Presse so gesprochen:

„Die Fehler, die wir in der Vergangenheit in imperialistischer Verblendung begangen haben, büßen wir schwer durch einen harten und grausamen Frieden. Die Lasten, die er uns auferlegt hat, drücken uns zu Boden und wir sind überzeugt, daß wir nicht alles erfüllen können, was uns im Friedensvertrag von Versailles zudiktiert wurde. Gleichwohl ist die bayerische Regierung mit der Reichsregierung einig in dem Bestreben, den Friedensvertrag zu erfüllen, soweit es nur irgend möglich ist. Wir treten für eine gerechte Wiedergutmachung der Schäden, namentlich auch Frankreich gegenüber, ein und sind bereit, unsere äußerste Kraft aufzubieten, um die gerechten Forderungen zu erfüllen, die auf Grund des Friedensvertrages uns gegenüber geltend gemacht werden."

Man sieht: Jud und Christe reden **eigentlich** das gleiche. Die **Einheitsfront** ist unbewußt **längst** hergestellt! —

Staatskunst ist Voraussicht, hohe Politik ist Arbeit auf lange Sicht. Das Gewebe, das die Väter begannen, muß weitergesponnen werden, und wenn tausend Fäden falsch eingeschlagen oder zerrissen sind, **ein** brauchbarer Faden wird und muß sich finden. Der berühmte **rote Faden!** Gerade **den** vermögen wir aber nicht zu entdecken, wenn wir Ministerrat und Bayerischen Landtag auch noch so genau auf die Finger sehen.

Die letzten Verhandlungen in Berlin, besonders soweit die bayer. Regierung beteiligt war, vermögen wir nur als unwürdiges Theaterspiel zu bezeichnen: Die **Bayerische Staatszeitung** (wir charakterisierten sie schon einmal als außenpolitisch vollkommen unfähig) hat in ihrem Leitartikel vom 9. Februar anschließend an die Erklärung des Reichsministers **Simons**, daß man jetzt werde versuchen müssen, neue Vorschläge auszuarbeiten und daß man damit an die Alliierten herantreten werde, betont:

„Daß hierüber (!) unter den Regierungen der Länder keine Meinungsverschiedenheit bestehen konnte, war schon angesichts der durch das ganze deutsche Volk gehenden Stimmung klar —." Nur der traurigen Vollständigkeit halber führen wir hier noch an, daß die bayerische Regierung in einer Note verlautbaren ließ: „Im Mittelpunkt der Verhandlungen von Ministerrat und Koalitionsparteien steht für Bayern naturgemäß (!) die Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren", **und daß** der Minister Simons mittlerweile über die bayerischen taktischen Meinungsverschiedenheiten dadurch hinweggegangen ist, daß er (ohne bayerischen Widerspruch!) die Einladung nach London in einem „Sr. Exzellenz" dem Herrn Botschafter Laurent in französischer (!) Sprache abgefaßten Schreiben höflichst angenommen hat! —

Damit sind wir eigentlich mit der Regierung Kahr schon fertig!! Mit dem **Weiterschachern** ist man einverstanden!! Die Einwohnerwehrfrage ist der **Mittelpunkt!!** Die Einwohnerwehrfrage ist eine **Einzelfrage**, die im übrigen schon im Rahmen der bisherigen kleinbürgerlichen oder großbäuerlichen bayerischen Regierungspolitik längst durch die mit erfrischender Offenheit zu machende Erklärung hätte hinweggeräumt werden können und müssen, die bayerische Regierung wolle ja gewißlich jede Entwaffnungsanordnung der Reichsregierung bzw. der Entente weitergeben, sie müsse aber auf die Tatsache hinweisen, daß jede Verordnung auf dem Papier stehen bleibe, da kein Wehrmann irgendwie zur Ablieferung seiner Büchse zu veranlassen sein werde. **Die Einwohnerwehrfrage der Mittelpunkt!** Der Mittelpunkt, **Herr von Kahr**, ist die „im Schoß von Ministerrat und Koalitionsparteien" erbarmungslos zu erörternde Frage: „**Hat die Reichsregierung den springenden Punkt erfaßt oder nicht?**" Dieser springende Punkt aber ist: „Vermißt sich die Entente, Deutschland auf ewige Zeit zu tunifizieren, zu indisieren oder nicht?" Wer hier

das bittere „Ja" sich abringen muß — und es gibt keinen Beweis dagegen, aber tausende leider dafür — und wer alsdann nicht die Konsequenzen ergreift, den brandmarken wir als Volksverräter! Volksverräter ist — uns gilt es gleich, ob aus Dummheit oder aus verbrecherischer Absicht —, wer mit dem derzeit regierenden Ententegesindel sich weiterhin in Unterhandlungen auf der Grundlage des Versailler Friedens einläßt, Volksverräter ist, wer jetzt nicht, fußend auf der von allen Parteien nach mehr denn einjähriger Erfahrung nachgewiesenen Undurchführbarkeit der Verträge, ihre Aufhebung fordert, Volksverräter, wer jetzt nicht die schleunige Einleitung neuer internationaler Verhandlungen heischt, deren Grundlage die Vollberechtigung des deutschen Volkes als Weltmacht sein muß (— wir sehen es nicht ein, warum das großdeutsche 90-Millionen-Volk dem französischen 40-Millionen-Volk gegenüber entrechtet sein soll! —), und bei denen nur die neuerliche Erörterung der bekannten Wilsonschen 14 Forderungen den Ausgangspunkt bilden kann.

Wir können hier die Haltung unserer Parteien nicht einzeln besprechen, zumal wir es für zwecklos halten. Nur beispielsweise greifen wir die Deutschnationale Volkspartei (Bayer. Mittelpartei) heraus, obzwar auch hier unsere Mühe verlorene Liebesmühe sein muß. Sie betonte unlängst in einem Werbeflugblatt:

„Wir wollen den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes, der nur möglich ist bei Aufhebung des Friedens von Versailles und der Vergewaltigung Deutschlands durch unsere Feinde.

Mehr Arbeiten und mehr Sparen sind die einzigen Rettungsmittel. Hierbei sind freilich Taten nötig und nicht nur Worte, wie sie die jetzige Regierung im Munde führt."

Wir bitten: Was tut denn das Arbeiten, das Sparen zur Sache, wenn eine Zeile früher erklärt wird, ein Wiederaufbau sei nur möglich bei Aufhebung des Friedens von Versailles? Warum fordert Ihr denn nicht den staatsrechtlichen Akt der Aufhebung der Verträge. — Komme, was kommen mag! — Jagt doch die Ministerpräsidenten und Reichsminister mit nachgeworfenen Tintenfässern, Pultdeckeln und Drucksachen zum Teufel, wenn sich die Herrschaften von ihrem Grünzeughändlerstandpunkt nicht bekehren lassen! —

Das Traurige ist, daß niemand einsieht oder einsehen will, daß die von den Alliierten und Assoziierten beabsichtigte Methode der langsamen Versklavung des deutschen Volkes nur möglich ist, wenn der ganze Apparat der deutschen Regierung und der deutschen Unternehmerschaft als vollziehende Organe in den Dienst des fremden Willens gestellt sind. Der nationale Generalstreik, den wir erstmals betonten als Waffe gegen eine ihre völkischen Pflichten mißachtende Regierung, er kann in den Händen einer rücksichtslos entschlossenen Regierung auch außenpolitisch in der heute vornehmlich wirtschaftlich bestimmten und an dauernder Wirtschaftskrisis krankenden Weltlage zu einem Hebel werden, mit dem vieles, wenn nicht alles eingerenkt werden kann!

Die Handhabung dieser Waffe erheischt freilich starknervige Männer. Die heutige Weltwirtschaftskrisis wird nicht abzuebben beginnen, ehe nicht entweder Deutschland zur angelsächsischen Plantage geworden und die Weltwirtschaft nach den damit neu gewiesenen Gesetzen eingerenkt oder Großdeutschland in seine Rechte als selbständiges Weltarbeitsvolk eingesetzt ist. Der erstere Prozeß kann sich noch Jahrzehnte hinziehen bis zu seiner vollen Verwirklichung. Er dürfte verwirklicht sein in den Jahren, wo die Generation der Frontsoldaten von 1914—18 ausgestorben ist und an ihre Stelle eine mit demokratisch-pseudochristlich-jüdisch-pazifistischen Sudeltränken aufgepäppelte Jugend nachgerückt ist.

Die außenpolitisch entscheidende Macht im angelsächsischen Lager wird Nordamerika! Man schiebe ihm seine 14 Punkte zu, und zwar in einer Aufmachung, die keine feindliche Gegenpropaganda totschlagen kann! Motto: „Kürze ist des Witzes Seele." Die Zeit arbeitet gegen uns, wie sie — nebenbei bemerkt — gegen Japan arbeitet, die Zeit arbeitet für die Angelsachsen, für die Westjuden. Wir haben es ja in unserem letzten Aufsatz: „Versailles und Nationalbolschewismus", in dem wir es für angemessen erachteten, die uns von politischen Ignoranten angehängte Bezeichnung „Nationalbolschewisten" abzuschütteln, betont, daß auch das Interesse von Moskau eine langsame Aufrollung des Versailler Vertrages erheische. Der Sowjetjude Radek fordert eine „bewußt kunktatorische (hinauszögernde) deutsche Außenpolitik". Simons spielt eigentlich diese bolschewistische Politik. Die Zeit arbeitet auch für Moskau. Die Zeit arbeitet für den Ostjuden wie für den Westjuden! Über einem Wust von Kleinigkeiten haben unsere „Staatsmänner" nicht Zeit, diese entscheidenden Gesichtspunkte durchzudenken.

Die in München mancherorts geübten außenpolitischen Lächerlichkeiten und Privatscherze sind uns bekannt. Ihre Veröffentlichung würde genügen, um auch den Herrn von Kahr binnen 48 Stunden zur Strecke zu bringen. Um so weniger versehen wir uns in diesen großen Schicksalszusammenhängen eines [illegible] Entschlusses aus der Handwerkerstube des bayer. Ministerrates. In seiner spießbürgerlichen Ängstlichkeit unterläßt es der bayerische Ministerrat nie, zu betonen, wie meilenfern ihm irgendwelcher Separatismus sei. Das Aufkommen dieses Begriffes liegt zu Lasten eines bestimmten Flügels der Bayer. Volkspartei, der sich in selbstgefälliger Anbiederung an Frankreich nie genug hat tun können. Diesem Flügel verdanken wir die Berufung eines französischen Gesandten nach München. Die Besetzung des Ruhrgebiets oder des Maintales aber darf und wird die deutsche Einheit so wenig zu lockern vermögen wie unsere mehrjährige Okkupation des reichen Nordfrankreich. Eine militärische Besetzung von Deutschland aber, das nur nach friedlicher Reorganisation seiner in die Weltwirtschaft eingestellten nationalen Arbeit trachtet, wird, darüber lasse man keinen Zweifel, früher oder später zu blutigster Vergeltung führen.

Der englische Staatsmann hat, wie jeder gesunde tatfrohe Mann, einen gewissen Einschlag von Fatalismus. Für jede Lage ist sein Leitspruch: make the best of it, zu deutsch: nimm die Dinge, wie sie kommen und mache das beste aus ihnen! Wir haben uns nun einmal „London" an den Hals setzen lassen. Man benütze aber auch den ersten März, um den Angelsachsen den zerrissenen Teufelspakt vor die Füße zu werfen.

Wiederum rufen wir auf, von der Reichsregierung die endliche Kündigung der unerfüllbaren Verträge zu fordern, Zug um Zug damit die Proklamierung von Großdeutschland.

Die von der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Freitag angesetzte öffentliche Massenversammlung zu der besonders die Münchner Studentenschaft eingeladen war, mußte infolge zwingender Gründe um einen Tag verschoben werden und findet am Samstag, den 12. Februar, 8 Uhr Abends im Hofbräuhausfestsaal statt. Redner bleibt nach wie vor Herr Ad. Hitler.

Oberschlesier!

Das Abstimmungsreglement ist der Mordplan für Oberschlesien

Einseitig zugunsten der Polen sucht die Interalliierte Kommission durch Festsetzung des Stichtages auf den 1. Januar 1904 für die nicht gebürtigen Oberschlesier Tausende von Einwohnern des Abstimmungsgebietes, deren Gedeih und Verderb aufs empfindlichste durch den Ausfall der Abstimmung berührt wird, ihres Stimmrechts zu berauben. Alle die Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Kaufleute, Beamte und Angehörige der freien Berufe, die die Entwicklung der oberschlesischen Industrie in den letzten beiden Jahrzehnten dorthin geführt hat, und die zu dieser Entwicklung mit ganzer Kraft beigetragen haben, sollen nicht mitstimmen dürfen.

Die Dörfer Haatsch, Owschütz und Sandau werden überhaupt des Stimmrechts beraubt, obwohl sie nach der von General Le Rond festgesetzten Grenzlinie zum Abstimmungsgebiet gehören.

Ein nackter Verstoß gegen den Friedensvertrag ist die angeordnete Zusammenlegung von Gutsbezirken mit Nachbargemeinden. Der Friedensvertrag schreibt vor, daß gemeindeweise abgestimmt werden soll. Nach dem auch in Oberschlesien geltenden preußischen Recht aber bildet jeder Gutsbezirk eine eigene Gemeinde; obwohl er daher auch einen eigenen Stimmenbezirk bilden muß, wird über dieses Recht rücksichtslos hinweggegangen, weil es der Wahlgeometrie des Herrn Korfanty zustatten kommt.

Unzulänglich kurze Zeit- und Fristbestimmungen sollen weiter dafür sorgen, daß es für einen großen Teil der Stimmberechtigten praktisch unmöglich wird, ihre Eintragung in die Stimmliste zu bewirken.

Von den für die Abstimmung gebildeten paritätischen Ausschüssen und Wahlbureaus sind die aktiven Beamten, auch die der Selbstverwaltungsorgane, wie die Mitglieder der Magistrate, die Gemeindevorsteher und die Gutsvorsteher ausgeschlossen, offenbar weil sie zum größten Teil deutschgesinnt sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Lehrer, die auf dem flachen Lande meist das einzige Element der Intelligenz darstellen, gleichfalls Beamte sind und daher ebenfalls in den Ausschüssen nicht mitwirken dürfen. Dadurch wird die Tätigkeit der Ausschüsse aufs schwerste gefährdet, so wird aber auch wiederum eine starke Benachteiligung des Deutschtums erreicht.

Völlig unerfüllbar sind zum Teil die Bedingungen, die für die Reichsoberschlesier für die Eintragung in die Stimmlisten vorgeschrieben worden sind. Fallstricke über Fallstricke findet man in diesen Vorschriften. Der Eindruck ist nicht zu verwischen, daß man damit unendlich vielen Abstimmungsberechtigten ihr Stimmrecht nehmen will, wie überhaupt die Verordnung von unnötigen Erschwerungen der Teilnahme an der Abstimmung wimmelt.

Den unerhörtesten Verstoß gegen Sinn und Wortlaut des Friedensvertrages stellt schließlich die

Vorschrift der getrennten Abstimmung

dar. Auch hierin ist man polnischen Wünschen gefolgt. Um der ruhigen Durchführung der Abstimmung willen, so heißt es, sollen die Ansässigen und die Oberschlesier aus dem Reiche getrennt, an verschiedenen Tagen, abstimmen. Wer aber hat bisher Ruhe und Ordnung in Oberschlesien gestört? Die Deutschen waren es nicht, sondern immer und immer wieder die Polnischgesinnten, und zwar unter Begünstigung der französischen Besatzungstruppen, obwohl diese an Zahl so stark sind, daß sie jede Auflehnung gegen Recht und Gesetz im Keime zu ersticken vermöchten. Und die Oberschlesier aus dem Reiche sollten wegen ihrer Angriffsabsichten auf die polnischen Unschuldslämmer zu fürchten sein? Wir wissen, was wir von dieser dummdreisten Behauptung zu halten haben. Nicht weil die Oberschlesier aus dem Reiche die Ruhe stören, sondern weil ihre Anwesenheit die Ruhe verbürgt, werden unsere Landsleute gefürchtet. Und weil mit ihnen eine Flutwelle deutschen Stimmungseinflusses ins Land kommt, die das morsche Gebäude niederreißen wird, das eine verlogene polnische Haß- und Hetzpropaganda mühsam aufgerichtet hat.

Gegen die auf die Auslieferung Oberschlesiens an Polen gerichteten Abstimmungsausführungsvorschriften hat die Reichsregierung nachdrücklichsten und wohlbegründeten Einspruch erhoben, und wo nur immer deutschgesinnte Oberschlesier vereinigt sind, erheben sie flammenden Protest gegen die Vergewaltigung, die damit geplant ist.

Ganz Deutschland muß und wird sich diesen Protesten anschließen. Aber selbst wenn das Reglement, für das uns ein treffendes deutsches Wort fehlt, wenn das Reglement, das von Fallstricken strotzt, keine Änderung erfährt, selbst dann, gerade dann, wird ganz Deutschland alle Kraft aufbieten, Oberschlesien deutsch zu erhalten, es vor dem Ruin, dem Anfall an Warschau, zu bewahren.

Die 96 v. H. deutsche Stimmen in Ostpreußen und die 92 v. H. in Westpreußen sind uns Hoffnung und Leitstern. In der bangen Stunde der Entscheidung wird die Vernunft, wird der Selbsterhaltungstrieb uns Tausende, Zehntausende von heute noch schwankenden Stimmen zuführen, die den Ausfall an deutschen Stimmen wett machen, der durch ein ungeheuerliches, ungerechtes Abstimmungsreglement erzwungen ist, ein Reglement, das deutlicher als alles andere die Schwäche der polnischen Aussichten kennzeichnet.

Dr. Fritzsche (ein Oberschlesier).

Deutsche Politik und Wirtsch…

Die Schwarzen im Rheinland

B. München, 11. Februar. Nach den „Frankfurter Nachrichten" ist der erste Rücktransport der schwarzen Truppen aus Südfrankreich im Elsaß eingetroffen. Die Verlegung der schwarzen Truppen nach ihren deutschen Garnisonen wird in Bälde erfolgen. —

Alle Propaganda gegen die „Schwarze Schmach", die in Nordamerika betrieben worden ist, hat bisher praktisch verdammt wenig genützt.

Belgische Besatzung

B. München, 11 Febr. Der jüdischen „Frankfurter Zeitung", die — warum, verstehen wir eigentlich nach der Haltung dieses Blattes im Kriege nicht — auf die Franzosen usw. anscheinend schlecht zu sprechen ist, entnehmen wir nachstehende Nachricht:

In Eschweiler haben sich der belgische Polizeiinspektor Lejeune und sein Dolmetscher Emonds in unglaublicher Weise an dem Hilfsweichensteller Nikolaus Müller vergangen. Durch die Denunziation eines Polen war Müller in den Verdacht gekommen, Waffen versteckt zu haben. Am 14. Januar wurde Müller in der Wohnung seines Schwiegervaters von den genannten belgischen Offizieren unter rohen Gewalttätigkeiten (Tritte gegen den Unterleib und Schläge ins Gesicht) verhaftet. Auf die Hilferufe des Unglücklichen eilte ein deutscher Polizeiwachtmeister herbei. Die Offiziere wiesen sich aus, so daß die deutsche Polizei machtlos war. Obwohl der Verhaftete im Bureau des belgischen Polizeiinspektors inständig seine Unschuld beteuerte, eine Leibesvisitation nur ein Taschenmesser und eine eingehende Haussuchung nicht eine Waffe zutage gefördert hatte, gingen die bestialischen Mißhandlungen weiter. Am 15. Januar wurde Müller, der durch die fortwährenden Mißhandlungen kaum mehr bei Besinnung war und ständig bat, erschossen zu werden, damit die Drangsale ein Ende hätten, in eine Gefängniszelle eingesperrt. Am nächsten Tage erhielt der Gefangene auf sein inständiges Bitten zum ersten Male zu essen, und zwar Brot und Käse. Am selben Tage noch brachte man den Gefangenen nach Aachen, wo er von zwei belgischen Offizieren nochmals verhört wurde. Da sich seine Unschuld herausstellte, wurde Müller, der sich in ärztliche Behandlung begeben mußte, entlassen.

Die „deutsche" sozialdemokratische Judenpresse, die aus dem Zabener Fall und einzelnen deutschen Soldatenmißhandlungen europäische Angelegenheiten gemacht hat, unterdrückt solche Fälle grundsätzlich.

Schuld am Kriege

C. Berlin, 11. Febr. Der Untersuchungsausschuß (mit der bekannten jüdischen Zusammensetzung Oskar Cohn, Katzenstein, Sinzheimer, Gothein, Bonn) tagt weiter. Eine demokratische Lüge nach der anderen schrumpft dabei zusammen. Es ist eine traurige, weil zwecklose Genugtuung, daß die politischen Kreaturen ihre eigenen Lügengebäude einreißen müssen. Augenblicklich wird über den deutschen „Militarismus" verhandelt. Das Protokoll, das der traurige, 1914 vom Feld zurückgeschickte bayerische General a. D., Graf Montgelas, ein Völkerbundsspießgeselle des Grafen Bernstorff verfaßt hat, lautet:

„Der Ausschuß hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten berücksichtigte, festgestellt, daß die verbündeten Mächte Rußland und Frankreich, den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden. Eine beigefügte Übersicht enthält das zahlenmäßige Verhältnis der militärischen Kräfte beider Gruppen nach den Berechnungen der Sachverständigen des Ausschusses und nach den Berechnungen der Sachverständigen und den amtlichen Angaben der Entente."

Die Klerikalen und die Juden

C. Berlin, 11. Februar. Am 1. Februar veranstaltete der Zentralverein deutscher Staatsbürger usw. eine starkbesuchte Versammlung in Berlin am Nürnberger Platz mit der Tagesordnung: „Die politischen Parteien und ihre Stellung zur Judenfrage." Besonders interessant waren die Ausführungen des Vertreters des Zentrums, Dr. Alfons Steiger. Er führte aus: „Ich darf Ihnen mitteilen, daß meine Ausführungen in jeder Weise von meiner Parteileitung unterstrichen werden. Wir können an die besten Traditionen des Zentrums anknüpfen — ich nenne nur Windthorst und Gröber —, das von jeher für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger eingetreten ist, wenn ich erkläre, daß meine Partei jeden Antisemitismus aufs schärfste ablehnt. Wir Katholiken haben nicht umsonst Zurücksetzung erdulden müssen, daß wir nicht mit jedem Benachteiligten Hand in Hand gingen: jeder Antisemitismus ist letzten Endes auch christentumsfeindlich. Für uns Katholiken gilt das Alte Testament „als göttliche Offenbarung, an der wir nicht rütteln lassen dürfen".

Da wird der „Bayerische Kurier" und das „Vaterland" des echt arisch aussehenden Herrn Schlittenbauer auch mit dem Abbau des Antisemitismus beginnen müssen.

Die Regierung Kahr und der Nahrungsmittelwucher

B. München, 11. Febr. Der „Bayer. Kurier" ist so naiv, eine Einsendung zu veröffentlichen, in der ein Familienvater über die Milchteuerung bewegliche Klage führt. Für die nach Qualität und Quantität völlig unzureichende Milch müsse er von seinem monatlichen Einkommen ein Viertel (200 M.) ausgeben. Der Einsender ruft aus:

„Regierung, suche diesem Kindermord zu wehren! Parlamentarier, die ihr Einfluß habt auf die Bauernschaft und Handel, wenn ihr diesem Verbrechen nicht wehrt, dann habt ihr das Recht verwirkt, von Wiederaufbau und sittlicher Tat zu sprechen. Bauernschaft und Handel, wer sich solchermaßen Wucherverdienst sucht, der hat das Recht verwirkt auf den blanken Menschentitel, geschweige denn auf den Titel eines Christen. Somit appelliere ich an menschlichen Gerechtigkeitssinn und wo dieser versagt, an die göttliche Gerechtigkeit." !! —

Ja, da muß sich der „Bayer. Kurier" an den Schutzpatron Kahrs, an den Bauerndoktor Heim wenden. Ob der für niedrigere Preise zu haben sein wird, bezweifeln wir. Die Zeit wird kommen, wo sich Zwangsmaßregeln gegen das in Saus und Braus lebende Bauerntum nicht werden umgehen lassen!

Aus der Zeit

Demokratische Heuchelei

Z. **München,** 12. Febr. Die S.D.K. erzählt: „In der […]nger Bahnhofsbuchhandlung liegt neben anderen „schö[…] Sachen" auch folgende aktuelle Zeitung auf: „Der Pran[…] Organ der Hamburg-Altonaer Kontrollmädchen." Man […]aucht wirklich nicht prüde zu sein, um einen solchen Zu[…]and als Skandal zu empfinden und zu bezeichnen. Unreifen Elementen beiderlei Geschlechts wird hier das Schamloseste, was an Schmutz und Unrat sich ungefähr denken läßt, in aller Öffentlichkeit zum Kauf angeboten. Wenn der betreffende Buchhändler nicht von selbst weiß, was seine Pflicht ist, dann sollten es wenigstens die Behörden ihm zum Bewußtsein bringen."

Ja weiß denn das Blättchen nicht, daß wir auf dem geistigen Markt jetzt den erhabenen Grundsätzen der weltlerischen Demokratie entsprechend, Freihandel haben? Daß wir den „Reigen", die „Franziska", kurz allen Schmutz ohne Zensur einführen dürfen?

Der nationale Bankerott der Sozialdemokratie.

C. **Berlin,** 11. Febr. Der preußische Kultusminister, Konrad Haenisch, ein Zechkumpan des millionenschweren Bacons (Helphand), strömt im „Berliner Tageblatt" seine Enttäuschungen aus. Zunächst äußert er sich über die verruchten Deutschvölkischen. Er schreibt:

„Die Wahlen zu den Studentenausschüssen ergeben fast überall starke ‚deutschvölkische' Mehrheiten, mir sind preußische Hochschulen bekannt, wo das Verhältnis des ‚Fortschrittsblocks' zu den ‚Deutschvölkischen' knapp das von eins zu sieben ist (in Berlin mit seiner Zweidrittelmehrheit der Deutschvölkischen ist es noch ganz besonders günstig!), und unter der Schülerschaft unserer höheren Schulen grassiert nur allzusehr der Hakenkreuzwahn und ein Schlagwort-Antisemitismus ödester Prägung."

Alsdann kommt Haenisch auf die Flaggenfrage zu sprechen. Da meint er:

„Man schätzte links **die** Tatsache nicht ihrem vollen Gewicht nach ein, daß weit stärker und unmittelbarer als alle Erinnerungen an die deutsche Burschenschaft die Eindrücke des großen Krieges waren. In tausend Schlachten hatten Millionen unserer Volksgenossen unter den schwarz-weiß-roten Farben ihr Leben für Deutschland dahingegeben. Unter diesen Farben hatten andere Millionen für Deutschland Gesundheit und Lebensglück in die Schanze geschlagen. War es da nicht eigentlich vorauszusehen, daß zahllosen unserer Volksgenossen, und nicht den schlechtesten, der Bannerwechsel unmittelbar nach dem Weltringen wie ein schnöder Verrat, ein verächtliches Preisgeben des eigenen Volkstums erscheinen mußte?"

Ja, auch uns bleibt Schwarz-Weiß-Rot die durch den Heldenmut unseres Volkes für immer geweihte Flagge. Sie muß und wird zum Symbol für Großdeutschland werden. — Der traurige Kultusminister aber, der auf allen Gebieten seiner Hochschulpolitik den Bankerott eingesteht, möge verschwinden!

Der Vormarsch des Ostjuden

C. **Berlin,** 11. Februar. Eine bolschewistische Zeitung unter dem Namen „Nowyzmir" erscheint in russischer Sprache jetzt in Berlin. Das Blatt bezeichnet es als seine Aufgabe, im Ausland seine Stimme zum Schutze Sowjetrußlands zu erheben.

Deutsche Kunst?

C. **Berlin,** 11. Febr. Zu den letzten Aufführungen von Richard Strauß' „Josephslegende" bringt das jüdische „Berliner Tageblatt" folgende begeisterte Kritik:

„— — Und dann stand in Tilla Durieux als Frau des Potiphar eine Künstlerin von überragender Gestaltungskraft auf der Bühne. Gespannt blieb das Auge an ihr haften. Wie sie apathisch, übersättigt den Vorgängen bis zum Erscheinen des Joseph folgt (der wie die Schätze des Orients, die Hunde, die Tänzerinnen und Boxer der Herrscherin als Geschenk- und Schaustück vorgeführt wird), wie die Sinnlichkeit in ihr erwacht (vortrefflich wirkt das Truthennenkostüm!), wie sie sie meistert, wie sie in der Nachtszene sich schrankenlos hingibt, wie sie vor der Majestät der nackten Schönheit dahinsinkt; wie dann die Liebe der Verschmähten sich in Haß verwandelt und sie, unfähig, den Triumph der Reinheit zu ertragen, sich mit ihrer Perlenschnur erdrosselt — das muß man gesehen haben."

Ja, das muß man offenbar gesehen haben, diese Zirkuskunst. Besonders wenn die Durieux mit im Spiel ist, die Frau des Kunstjuden Cassierer und Freundin des Münchner Rätejuden E. Toller!

Irrtum oder Verbrechen?

Von A. Hitler.

Es wäre ein schönes Preisrätsel, wenn man fragen würde, welche der Deutschland seit zweieinhalb Jahren vom Ausland zugestellten Noten von der jeweiligen Berliner Regierung richtig verstanden worden sind. Wir glauben, seit Prinz Maxens kurzer, dafür aber um so glorreicherer Regierung, keine. Denn seit dieser Zeit konnte noch anläßlich jeder uns zugegangenen, wir wollen sagen Verfügung, festgestellt werden, daß eine hohe Reichsregierung sich entweder über ihren Inhalt nicht klar war, ihren Ernst entweder bewußt verschwieg, oder sogar dem Volk statt kurz heraus die Wahrheit zu sagen, honigbestrichene Verdrehungen vorbrachte, also es belog.

Das hat begonnen schon mit der Unterschrift des Waffenstillstandes. Damals konnte man in Neu-Deutschland zum erstenmal beobachten, daß die Weltfremdheit unserer früheren Diplomatie sich höchstens noch gesteigert hatte. War es schon ein Wahnsinn, zu glauben, daß die vierzehn Punkte Wilsons verfaßt worden seien, um als Basis zu einem Friedensschluß zu dienen und nicht ausschließlich zu dem Zweck, unser Volk verrückt zu machen, ihm die innere Widerstandskraft zu nehmen, die ja letzten Endes die Vorbedingung ist für den Sieg der Armeen, so war es aber geradezu verbrecherisch dumm, zu glauben, daß die fünfunddreißig Punkte, die man uns als Waffenstillstand vorgaukelte, das Vorspiel sein könnten zu einem nachfolgenden Frieden. Unter Frieden allerdings verstehen wir nicht die Preislösung des sich glücklicherweise auch heute noch im Besitze aller möglichen Hände befindlichen Herrn Scheidemanns, oder der Herren Matthias Erzberger, Förster, Jaffe, Bonn und wie diese ganze Tafelrunde heißen mag.

Für unsere Gegner mußte die Unterschrift dieses Waffenstillstandes von Spa eine besondere Bedeutung erhalten. Sie war ihnen Siegel und Beweis für eine Geistesverfassung der neuen deutschen republikanischen Führerintelligenz, die anscheinend schon Marschall Foch angesichts des einstigen Buttenhausener Lehrers zum Erstaunen brachte und ihm die Worte auslöste: „Das also ist Deutschland?" Denn wer dieses Dokument unterschrieb, gab damit den bündigen Beweis, daß er Mittel und Zweck nicht zu unterscheiden vermochte. Während unsere diplomatischen Hanswurste von damals, dem sich wie bei ähnlich passenden Angelegenheiten ja öfter in Jubelstimmung befindlichen deutschen Volk versicherten, daß dieser Waffenstillstand, oder besser, die durch ihn erreichte Wehrlosmachung Deutschlands als Vorbedingung des nach ihrer Meinung von der ganzen anderen Welt so innig ersehnten Völkerfriedens schon der Zweck als solcher sei, kurz, den Anfang des Scheidemannfriedens darstelle, war er natürlich nur Mittel zum Zweck. Die Wehrlosmachung war Mittel zur späteren Erpressung.

Damals hätte man in Berlin sofort begreifen müssen, daß man hier mit unserem Volke anscheinend etwas ganz Ungeheuerliches beabsichtige. Jedes freiwillige Unterzeichnen mußte sofort als Verbrechen an der Zukunft der Nation erscheinen.

Zur Entschuldigung der damaligen Unterhändler könnte man heute höchstens eines anführen, nämlich daß sie sich vermutlich überhaupt nichts dachten. Und in dieser Tradition, die heute anscheinend als Leitmotiv des Arbeitens unserer auswärtigen Vertretung gilt, liegt ja die ganze Tragik unseres Schicksals. Früher hieß es, rede nicht, sondern handle! Heute heißt es, denke nicht, sondern unterhandle!

Hat man den Waffenstillstand nicht begriffen, so begriff man noch hundertmal weniger den Friedensvertrag. Man könnte ja Gift darauf nehmen, daß die Herren des Auswärtigen Amtes ihn auswendig lernten, Buchstabe für Buchstabe, aber eben auch nur die Buchstaben, der Geist und sein Zweck blieb ihnen fremd.

Denn nun wäre zum zweitenmal der dringende Augenblick dagewesen, der Nation die Binde vom Auge herunterzunehmen, ihr klarzumachen, daß die Folge dieses Vertrages Elend bedeuten müsse auf unabsehbare Zeiten.

Gerade aber die Tatsache der vollkommenen Unerfüllbarkeit dieses Vertrages, eine Kenntnis, die diese Herren doch kaum wegleugnen können, hätte ihnen zeigen müssen, daß es sich hier um etwas ganz anderes handelte, als etwa papierene Abschlagszahlungen von Deutschland herauszuschinden. Gerade der scheinbare Wahnsinn dieser Forderungen hätte sie nachdenklich machen müssen. Oder glaubte diese Berliner Regierung allen Ernstes daran, daß man sich in London und Paris nicht sehr gründlich die Frage vorgelegt haben wird: Wie lange wird das deutsche Volk diese unerhörte Ausplünderung erdulden? Muß nicht einmal der Tag kommen, an dem dieses Volk seine Regierungen der nationalen Schande und Entehrung in ihrer Erbärmlichkeit erkennt, zum Teufel jagt und an ihre Stelle sich eine Regierung setzt der nationalen Energie des wiedererwachenden Freiheitsdranges? Und wird es dann möglich sein, ein Volk von siebzig oder achtzig Millionen Menschen noch länger tyrannisieren zu können, wenn seine schlummernde Kraft sich erhebt zum nationalen Trotz? Diese Fragen hat man sich in Paris vorgelegt, und man hat darauf auch eine Antwort gefunden:

So lange Deutschland im Besitze seiner Wehrmacht bleibt, ist seine Unterdrückung gefährdet. Gefährlicher aber als seine Waffen sind seine Führer. Am gefährlichsten jedoch die Summe jener Intelligenz, aus der die Führer und die Schmiede seiner Waffen stammen.

Deutschlands Entwaffnung ist erst dann vollendet, wenn die geistigen Träger des Nationalgedankens, die nach Freiheit sich sehnende, germanisch fühlende Jugend als Quelle jener unerhörten Summe von Führer- und Feuerköpfen auf allen Gebieten des nationalen Lebens, vernichtet ist.

So versuchte man es zunächst mit der Auslieferung seiner militärischen Führer, und wenn sie scheiterte, so scheiterte sie nicht um dieser Berliner Regierung willen, sondern um des deutschen Volkes wegen, das ausnahmsweise in diesen Tagen damals einen klaren, lichten Augenblick besaß. Der Widerstand des Volkes verhinderte den Raub seiner Intelligenz. So blieb denn nur noch ein Mittel, statt Auslieferung, Ausrottung. Deutschland wird erst an dem Tage für dauernd besiegt sein, der Friedensvertrag erst dann in seiner Durchführung und Erfüllung garantiert erscheinen, an dem der letzte der 800 000 Geistesarbeiter das Schafott besteigt.

Das internationale Börsenkapital greift zu seiner schärfsten Waffe. An Stelle des Weltkrieges setzt es den Bürgerkrieg, der Massenmord der Fronten soll übergehen zum Brudermord in der Heimat. Es zertrümmert die nationale Wirtschaft und gibt dem Volk endlich jene Freiheit, in der es unter Peitschenhieben in zwölfstündiger Arbeitszeit fronen darf. Sowjet-Paradies!

Die ermordete nationale Intelligenz wird ersetzt. Der Gefahr eines Mitleids der Führer des Volkes mit ihrem geschlagenen und gequälten Volk wird vorgebeugt. Sklaven brauchen Sklaventreiber. Der unbarmherzigste aller Menschenknechter aber war von je der Jude. Für hunderttausend ermordete Deutsche werden wie die Geier am Aase zweihunderttausend Hebräer erscheinen. Das Volk der Sklaven hat dann seine Sklavenhalter. Es ist, wie sagen mir gleich unsere Kommunisten, — es ist frei.

Natürlich kommen solche Gedankengänge einer deutschen Reichsregierung nicht. Sie können ihr auch gar nicht kommen, weil der Draht, an dem sie tanzt, ja schon von vorn-

---

Verschiedene Freiheitskämpfer

Eine Kalendergeschichte von Gottfried Keller

Obgleich heute die „Franzosenliebe" ernster ist, als das Abenteuer der Babette Zulauf, verdient Kellers schöne Kalendergeschichte gerade jetzt wieder gelesen zu werden.

Man sagt, daß die Löwin, wenn die Männchen um sie streiten, ruhig dem Kampfe zuschaue und dann mit demjenigen gehe, der zuletzt Meister bleibt. Sei diese Eigenschaft nun mehr dem Löwen, oder mehr bloß dem Tiere im Löwen zuzuschreiben, so wird auch unter dem Menschengeschlecht zuweilen ein Teil der weiblichen Welt von ihr ergriffen, in den verschiedensten Ländern, im Norden wie im Süden, von der Magd in der Küche bis zur Herrin im Saal. Wenn nämlich ein siegreiches feindliches Heer, eine eingedrungene fremde Völkerschaft das Land besetzt hat und die eigene Mannschaft flüchtig, versprengt und unterdrückt ist, so dauert es keine Stunde, bis die Mädchen mit den Eingedrungenen Arm in Arm über die Gasse wandeln, und unter den Haustüren, an allen Brunnen wird ein Ge[…]e und eine Sache zum Erbarmen. Doch ist diese Erscheinung nur dann zu beobachten, wenn die Männer sich nicht gewehrt haben, wie sie gesollt, wenn überhaupt kein pflichttreuer Widerstand stattgefunden hat.

Als im Frühjahr 1798 die fünfhundertjährige schweizerische Eidgenossenschaft unterging durch die schuldvolle Ratlosigkeit der alten Regenten, durch ihre leichtfertig verspäteten Zugeständnisse, durch die Unwissenheit und Unverständlichkeit der Revolutionäre und ihren sittlichen Mangel an nationalem Selbständigkeitsgefühl, endlich durch den gewissenlosen Einbruch eines sogenannten französischen Befreiungsheeres, der nur durch alles das möglich wurde — da ging die Löwenlaune auch unter vielen Schweizerinnen um. Zwar nicht an den Orten, wo das alte Ehrgefühl einen verzweifelten […]pf bestanden hatte; dort gab es erschlagene Frauen und […]gfrauen genug zum Zeugnis ihrer unwandelbaren Treue […] Männern und der Ehre des Landes; aber anderwärts, […] die Männer, statt sich selber zu helfen, die Franzosen […]gerufen hatten und sie bewunderungsvoll und unter[…]angafften, oder wo man sie zwar hatte, [illegible] fürchtete, da ließen sich die Weiber willig von ihnen den Hof machen. So bitter dies Schauspiel war, so begreiflich war es, wo die Männer, die vertriebenen Oligarchen anklagend, sich selber der politischen Unwissenheit und Unbeholfenheit beschuldigten und die große Nation der Neufranken — die soeben als große Dilettanten die eigene Republik zugrunde richteten — als ihre Lehrmeister der Freiheit begrüßten und verehrten.

Es ist ein trauriger Vorwurf, wenn Kinder ihre Eltern einer mangelhaften Erziehung und der Verwahrlosung anklagen. Noch trauriger ist es, wenn gestürzte Regenten von den empörten Landeskindern den bittern Hohn hinnehmen müssen: ihr habt uns in Unwissenheit und Roheit gehalten und dennoch haben wir euch besiegt. Allein die sich so als Unwissende und Rohe bekennen, werden darum nicht größer in den Augen des Weibes. Übrigens ist es eine schlechte Ausrede, wenn man sich der eigenen Unfähigkeit anklagt, um das Herbeiholen der Fremden zu beschönigen; denn wer sich nicht selber helfen kann, verdient eben noch nicht frei zu sein.

Auch die Jungfrau Babette Zulauf — nicht mehr ganz jung und Bürgerin eines alten Städtchens in der deutschen Schweiz, dessen Name hier verschwiegen bleibt — fühlte sich an einem schönen Frühlingstage des Jahres 1798 von jener Löwenlaune beseelt; denn man erwartete im Laufe des Nachmittags ein Bataillon einer französischen Halbbrigade, die man die schreckliche oder die schwarze Legion nannte. Das Städtlein hatte seit Jahrhunderten unter der Oberherrschaft zweier eidgenössischer Stände gelebt, aber nicht ohne seine eigene uralte Verfassung und Freiheiten, bestätigt durch die deutschen Kaiser sowohl als durch die verschiedenen Herren, die es besessen, bis es durch jene zwei Stände gemeinsam erobert wurde. Ihrerseits hatte die Stadt, während sie selbst untertan war, zwei ansehnliche Dörfer zu Untertanen; aber nur über eines derselben übte sie die hohe Gerichtsbarkeit, die niedere gehörte einem entfernten Frauenkloster, welchem sie ein längst vertriebener Junker einst für einige Pfund Pfennige oder Schillinge verpfändet und das Einlösen vergessen hatte. Die hohe Gerichtsbarkeit des anderen Dorfes besaß eine ihrerseits auch beherrschte Talschaft, welche das [illegible] abgetreten hatte bis auf diesen Herrschaftsrest, für den sich kein „rechtmäßiger Besitzer" mehr vorfand. Übrigens verwalteten beide Dorfgemeinden sich selbst nach alten Offnungen, die von eigentümlichen und phantasievollen Bestimmungen strotzten, deren verborgene Weisheit die Bauern genau zu deuten verstanden, und deren sinnbildliche Einkleidung sie sorgfältig handhabten. Übrigens waren selbst diese Dörfer nicht ohne alle Herrlichkeit, da sie gemeinschaftlich einige Gefälle bezogen von einem einsamen Hofe, welche sie einst einem bedrängten Johanniterhaus abgeschnappt hatten. Die Bewohner dieses Hofes endlich waren wiederum freie Männer und gehörten einem demokratischen Gemeinwesen an, das mit den souveränen Kantonen auf gleichen Füßen stand und mit einigen derselben irgendein unterworfenes Ländchen regierte.

So war das Recht und die Freiheit der Menschen kristallisiert, wie das Blumeneis einer gefrorenen Fensterscheibe, und das alte, aber immer noch scharfe Schwert, das man „freundeidgenössisches Aufsehen" nannte, hütete dies Eisbild wie ein köstliches Kleinod. Plötzlich aber zerbrach das Schwert, und das Eisbild zerschmolz an einem heißen Hauche, der aus dem zusammenfallenden Krater der französischen Revolution noch spät herüberwehte. Da gaben die Eidgenossen das Städtchen frei, das Städtchen gab die Dörfer frei, die Dörfer gaben den Hof frei und die Bauern des Hofes stimmten auf ihrer Landsgemeinde zur Freigebung aller gemeinen Herrschaften.

So war nun alles frei, aber niemand Herr im Lande, als der Franzos, welcher eben durch den alten Torbogen unseres Städtchens marschierte in abgebrochenen Zügen, die sich aber innerhalb des Tores sofort wieder herstellten in ganzer Breite, damit das elastische Einherschweben, das Tänzeln und Schulterwiegen der Grenadiere ja seine volle Wirkung nicht verfehlte. Auch sperrten die Bürger mit ihren Weibern und Kindern vor lauter Bewunderung den Mund so weit auf, daß das Bataillon in jedes Maul mit unabgebrochenen Zügen hätte hineinmarschieren können. Die ungeheuren Hüte mit der Breitseite fest aufs rechte Auge gedrückt, mit weißer Brust und lang hinwehendem blauem Frackzipfel, das Gewehr im Arm, tanzten die Grenadiere durch das offene Maul in die Herzen der neuhelvetischen Bürger und ihnen nach die Füsiliere und Jäger. (Forts. folgt.)

herein zur gleichen Stelle führt, von der die Fäden auch zu den anderen laufen, die scheinbar ihre Feinde sind.

Nur einer, der könnte, der müßte sogar das alles erkennen. Der Mann, von dem einst die Presse des ganzen Weltalls fast sprach, er wäre Deutschlands heutiger fähigster Kopf, was uns in Anbetracht der anderen Köpfe natürlich nicht sehr imponiert. Damals, als Simons in Spa unterhandelte, da wurde er uns von einer gewissen Presse schon fast zu sehr als Deutschlands künftig größter Mann gepriesen, als daß uns nicht ein leichtes Mißtrauen gegen diesen Heroen der neuen deutschen Diplomatie angewandelt wäre. Und als wir dann später hörten, wie dieser Mann in großen Reden es den Deutschen Südtirols gutgehen ließ, wie er uns die Bolschewisten pries als Muster, von denen wir noch lernen könnten, da schien er uns verdächtig. Seit er es aber versteht, in jeder Note die Möglichkeit zu irgendeiner weiteren Verhandlung zu entdecken, wenn schon bald sogar der gewöhnliche Mann aus dem Volke allmählich fühlt, daß es sich hier um Leben und Tod handle, und als wir endlich zur Überzeugung kamen, daß jede dieser Verhandlungen ehe noch überhaupt begonnen, zu unserem Unglück führte, da lernten wir den Mann erst kennen.

Frankreich fordert eine Entschädigung in Gold von über 220 Milliarden, es fordert 12 Prozent Abzug unserer gesamten Ausfuhr, das sind alles Forderungen, von denen Herr Simons genau weiß, daß sie erstens einen Bruch des Friedensvertrages bedeuten, und zweitens unerfüllbar sind. Also zur glatten Ablehnung wäre Grund da. Aber man fordert noch weiter: die Entwaffnung unserer Ostfestungen, die Auflösung und Vernichtung des letzten Restes kümmerlichen deutschen Selbstschutzes. Und abermals sind beide Forderungen gegen den Friedensvertrag zu Unrecht erhoben.

Heute wenigstens muß es schon jedem denkenden Menschen klar sein, daß eine weitere Entwaffnungsforderung nichts bedeuten wird als uns in vollkommener Wehrlosigkeit den künftigen wirtschaftlichen Erpressungen auszuliefern. Denn daß die heutige bayerische Einwohnerwehr den Weltfrieden bedroht, kann sogar die öffentliche orientalische Meinung von München, die „Post", nicht behaupten. Nein, nein. Das Beseitigen des letzten Restes deutscher Widerstandsmöglichkeit soll ja nur die weiteren Infamien der Franzosen zum vollständig risiko- und gefahrlosen Abenteuer machen. Zum Beispiel: Besetzung des Ruhrgebietes, Wegnahme Oberschlesiens trotz aller Abstimmungsresultate, alliierte, das heißt international-jüdische Finanzoberkontrolle Deutschlands usw.

Frankreich wird schon die notwendigen Mittel finden, um unser Volk in Dummheit und aus Verzweiflung zum letzten Ziel zu bringen. — Zur Judendiktatur, zum Bolschewismus.

Denn das ist und bleibt das Endziel der jüdischen Börsenoberleitung.

Herr von Simons aber, der allerdings im Bolschewismus ohnehin nur aufbauende Kräfte sieht, tut nicht, was eigentlich heute jedem nicht vollständig verblödeten Deutschen als selbstverständlich erscheinen müßte, nämlich: Einstellen der ganzen Nation auf diejenigen Punkte dieses neuen Diktates, bei deren Abwehr man, offen kann bei genügender Aufklärung der deutschen Stämme von Ostpreußen bis nach Köln, von Kiel bis nach München sofort eine einzige Front herzustellen, nein, er greift den Punkt heraus, durch den er, schlau wie er ist, hofft, die Verantwortung von sich und seiner ganzen Regierung weg auf einen einzelnen deutschen Bundesstaat überwälzen zu können.

Herr von Simons, entweder Sie begreifen nicht, daß die Entwaffnungsforderung nur Mittel ist zum Zweck, der Zweck aber die vollständige Kolonisierung Deutschlands — also der Inhalt der beiden anderen Punkte —, dann verwechseln Sie demnach Mittel und Zweck genau so, wie Sie in unseren Augen auch Ihren Posten verwechselt haben, oder Sie wissen das sehr wohl und dann Herr Simons ist Ihre Haltung für Deutschland von verbrecherischen Folgen. Denn verbrecherisch ist es, dem deutschen Volk heute noch vorzulügen, es hänge alles von der Frage der bayerischen Einwohnerwehr ab, obwohl Sie wissen müssen, daß Frankreich sich bei gelegener Zeit das Ruhrkohlengebiet stiehlt, ob mit oder ohne Einwohnerwehr, daß wir Oberschlesien, wenn wir nicht selbst die Kraft aufbringen, es zu bewahren, so oder so verlieren werden. Im Gegenteil! Wir kennen sogar den Zeitpunkt, an dem dies eintrifft. Das ist nämlich der Tag, an dem Sie, Herr Simons, die letzte Waffe aus Deutschland „abgeliefert" haben werden, der erste Bolschewist in Gestalt irgendeines jüdischen Diktators bei uns einzieht und der letzte deutsche Reichsminister, vielleicht sogar Herr Simons, am Genfer See sich zur Ruhe setzen wird.

Wir würden der bayerischen Staatsregierung nur eines vorschlagen. Herr von Kahr erkläre in Berlin folgendes:

„Wir Bayern wünschen nicht Ursache zu sein, daß unsertwegen die Verhandlungen in London zu einem für Deutschland ungünstigen Ausgang gelangen. Wir haben die Einwohnerwehr auch nicht, weil wir eine Extrawurst besitzen wollen, sondern weil uns ein gewisser Instinkt, von dem ein Herr Simons bisher kein Gramm besessen hat, er wäre denn ein wahrer Unglücksrabe gewesen, sagt, daß das Aufgeben des letzten Restes nationalen Selbstschutzes nicht nur für Bayern, sondern ganz Deutschland zum ungeheuerlichsten Zusammenbruch führen könne. Dennoch sind wir bereit darauf zu verzichten, dann, wenn die Kräfte und Ursachen, die Deutschland zu dieser bolschewistischen Katastrophe treiben könnten, beseitigt erscheinen. Diese letzte Ursache aber ist die neuerliche wahnsinnige Forderung von Paris auf dauernde Ausplünderung unserer unglücklichen deutschen Nation. Erledigen sie also die Wiedergutmachungsfrage, beseitigen Sie die 12prozentige Ausfuhrabgabe, verhindern Sie endlich jede weitere Möglichkeit dieser uns so entehrenden ewigen Bevormundung durch diesen Raubverband, schaffen Sie uns dadurch die notwendige Existenzmöglichkeit und befreien Sie uns durch dies alles von der ewig drohenden Gefahr des Bürgerkrieges in Deutschland und dann sind wir bereit, die übrige Welt von der drohenden Gefahr der bayerischen Einwohnerwehr zu erlösen. Wir entwaffnen uns dann.

Und anders nicht Herr Simons."

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Die Wohnungsnot und ihre Abstellung.

Am 9. Februar 1921 hielt im Hofbräuhausfestsaal der Schriftleiter Hansjörg Maurer den bereits seit langem angekündigten Vortrag über die „Münchner Wohnungsnot". In zweistündiger Rede vor besetztem Hause befaßte sich der Vortragende zunächst mit der Art und Weise, wie durch das Wohnungsamt und die ihm angeschlossene Stadtratskommission bisher dem grenzenlosen Wohnungselend gegenübergetreten wurde. Es wurde festgestellt, daß die ganze Organisation und der Betrieb im Wohnungsnachweis und Wohnungsamt nach zweijährigem Bestehen einfach versagt haben und auch für die Zukunft nichts davon zu erwarten sein kann. Denn allein schon die Kontrollmöglichkeit und -ausführung war bis heute nicht imstande, alle für anständige, menschenwürdige Wohnzwecke in Frage kommenden Räume festzustellen und zuzuweisen. Die Behandlung der vordringlichen Fälle durch die Stadtratskommission beweist vollends die Unfähigkeit des Amtes und den mangelnden Sinn für soziale Arbeit. Ganz besonders scharf wandte sich der Redner gegen die Überlassung großer Wohnhäuser an Filmunternehmen, Bankfilialen, „Kunsthäuser" (Kunsthaus Wallach-Ludwigstr., Kümpel-Friedrichstr. 18.).

Zur Behebung der Wohnungsnot wurde bisher nichts getan, als vom Bauen gesprochen, das nicht im großen Stil möglich ist, weil das Geld dazu fehlt. Das heißt mit anderen Worten: die Not muß nun einmal auf unabsehbare Zeit ertragen werden, man hat sich damit abzufinden, so gut es gehen mag. Daß aber ein gangbarer und einwandfreier Weg gegangen werden kann, davon hat man bisher noch nichts gehört. In den folgenden kurz gefaßten Punkten wies der Redner die Möglichkeit nach, wie der Wohnungsnot die zermürbende Wirkung genommen werden kann. Diese Punkte sind als Forderung an die Staatsregierung aufgestellt und gelangen auf diesem Wege und durch öffentlichen Anschlag zur allgemeinen Kenntnis der Öffentlichkeit. Auch werden sie der Staatsregierung zugeleitet mit dem Verlangen einer unzweideutigen Stellungnahme für oder gegen diese Forderungen. Sie lauten:

1. Die restlose Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 zugewanderten Ost- und sonstigen Juden, sowie andere lästige Ausländer innerhalb eines Monats unter Einziehung der festzustellenden Wuchervermögen und Enteignung des von diesen erworbenen Grund und Bodens zu Nutzen der Staatskasse für Zwecke des Wohnungswesens.

2. Stellung aller übrigen sogenannten „deutschen" Juden unter strengstes Fremdenrecht und Herausnahme aus allen staats- und gemeindeamtlichen Stellen.

3. Genaueste Feststellung, wie viele menschenwürdige, gesunde Wohnräume in den verschiedenen, namentlich großen Wohnungen Münchens vorhanden sind. Diese Feststellung ist an Hand der im Statistischen Amt vorhandenen Hauspläne möglich und einwandfrei zu machen.

4. Genauester [illegible] mit den polizeilichen Meldelisten zum Zwecke der Ergründung, auf wie viele und wie zahlreiche Familien mit Dienstboten und Einzelpersonen die festgestellten Wohnräume sich heute verteilen.

5. Die verschiedenen Polizeibezirke Münchens haben durch strengste Kontrolle, die zu jeder Stunde des Tages und der Nacht vorgenommen werden kann, die Erhebungen über die Besetzung der durch das Statistische Amt nachgewiesenen Wohnräume gewissenhaft zu unterstützen. Die Kontrolle ist nur durch Beamte der Polizei in Uniform vorzunehmen.

6. Jeder Hausbesitzer und Wohnungsinhaber ist bei Zuchthausstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu verpflichten, genaueste und rascheste Meldung zu erstatten über das Freisein und Freiwerden von Wohnungen und Zimmern in ihren Anwesen. (Inhaber von Doppelwohnungen verfallen den gleichen Strafen!)

7. Die Mietpreise sind im Verein mit den Mieterorga[illegible]tionen vor Wucher zu schützen. Nachweisbarer Wucher [illegible] mit Zuchthausstrafe geahndet.

8. Es sind empfindliche Strafen festzusetzen für alle Wohnungsinhaber und Untermieter, die durch fortgesetzte Unreinlichkeit die Gefahr der Verwanzung und Verlausung heraufbeschwören. Eine strenge Überwachung durch das Gesundheitsamt hat dauernd sich darüber auf dem Laufenden zu halten und jeden Verstoß unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. Diesen Aufsichtsbeamten ist der Zutritt zu allen Wohnräumen zum Zwecke der Nachschau zu allen Tageszeiten, von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, zu gewähren. Nur gerichtlich vereidigte, mit besonderem Ausweis versehene Sachverständige können zu Aufsichtsbeamten bestellt werden.

9. Die Staatsregierung hat unverzüglich ein Gesetz zu erlassen, wonach nichtdeutsche, in oder außerhalb Bayerns wohnende Personen, Haus- und Grundbesitz unter gar keinen Bedingungen in Bayern erwerben können. Zuwiderhandlung wird für den Käufer mit Enteignung des Verkaufserlöses und für den Käufer mit Enteignung des Kaufgegenstandes bestraft. Bei Schiebungen in dieser Sache und Versuchen dazu werden alle daran Beteiligten in gleicher Weise bestraft und für dauernd des Landes verwiesen.

Die Versammlung stimmte einmütig ohne Ausnahme diesen Forderungen mit großem Beifall zu. Außerdem fand die Anregung, einen „Bund für entschiedene Wohnungshilfe" zu organisieren, lebhafte Zustimmung. Die Ausführungen des Redners haben trotz vorliegenden Materials jegliche Kritik von Einzelpersönlichkeiten im Wohnungsamt unterlassen und sich objektiv nur mit der Tatsache befaßt, daß durch das Wohnungsamt, das 3 Millionen Mark jährlich kostet, so gut wie nichts geleistet wurde angesichts der Zahl von rund 20 000 Wohnungsuchenden.

Deutschland und Frankreich.

Ein Beitrag zur Völkerversöhnung.

Es ist heute eine undankbare Aufgabe, etwas zugunsten Frankreichs zu sagen. Und doch ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, gerade jetzt, wo die Wogen des Hasses so hoch gehen, einmal sich ehrlich zu fragen: Was verdanken wir alles den Franzosen?

Welcher Deutsche hat sich nicht schon begeistert an der Heidelberger Schloßruine? Wäre diese Ruine keine Ruine, dann wäre sie ein Schloß, wie es viele Schlösser gibt. Wem aber verdanken wir diese herrliche Ruine anders als dem französischen General Turenne, der einstens in Gesellschaft vieler Franzosen die Pfalz bereiste, und dem die Pfälzer bis heute ein entsprechendes Gedächtnis bewahrt haben!

Man sage nichts über die vielen Kriege, die Deutschland und Frankreich gegeneinander geführt haben! Ohne dieselben gäbe es so viele Geschichtszahlen weniger zum Auswendiglernen, daß die Erziehung unserer Jugend ernstlich gefährdet wäre.

Wie viele Millionen an Verdienst verdanken deutsche Ärzte und Apotheker der Behandlung der Krankheit, die man früher ganz allgemein die Franzosenkrankheit nannte! Hat man je ein Wort des Dankes gehört?

Was wäre der Beruf des Salvarsanschiebers ohne diese Krankheit?

Wenn die Pariser Modehäuser nicht ihre alten Modelle nach Deutschland geschickt hätten, unsere Damen, besonders die halben, hätten wahrhaftig nackt gehen können. Oder man hätte diesen Damen die unerhörte Zumutung stellen müssen, sich nach einer deutschen Mode zu kleiden.

Viele deutsche Kunstmaler haben sich durch die französische Beeinflussung ihrer Kunst das Anrecht auf einen Freiplatz in Eglfing erworben. Das verdanken sie den Ganguin, Cezannes, Manet, Monet und wie sie alle heißen. Hat man je gehört, daß ein Kunstmaler einen Freiplatz in Eglfing bekommen hat, der nach den langweiligen Methoden von Lenz, Kaul- oder Feuerbach gemalt hat?

Und dann die Fremdwörter! Wir gebrauchen manche, ohne dabei dankbar ihrer Abstammung zu gedenken. Wie gedankenlos greifen die meisten des Abends beim Zubettegehen nach dem Botschamberl, ohne dabei zu wissen, daß Botschamberl kommt von pot de chambre, der Zimmertopf.

Was wäre unser Adel, besonders der bayerische, ohne die französische Sprache gewesen! Vielen hätte man es gar nicht angemerkt, daß sie adelig sind, wenn sie nicht französisch gesprochen hätten.

Was wäre das Leben eines deutschen Fürsten in früheren Zeiten gewesen ohne dejeuner, diner und souper? Ohne maitre de plaisier und ohne maitresse? Hätte er sich wie der gewöhnliche Bürger zum Mittagessen setzen sollen und sich ein Flitscherl zulegen?

Wie manche deutsche Frau war schon erstaunt darüber, was ihr Gatte alles mitgebracht hatte von einer Reise nach Paris!

Haben uns die Franzosen nicht ihre schwarzen Kultur- und Bazillenträger geschickt, die von den Französinnen gewiß schwer entbehrt werden, und ersetzen uns damit ganze zoologische Gärten?

Und wenn die Franzosen so große Vorliebe bekunden für deutsches Papiergeld, so tut es dieses kunstliebende Volk gewiß nur wegen des hohen künstlerischen Wertes dieser Banknoten.

Wie man sieht, läßt sich auch dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich eine versöhnende Seite abgewinnen, man muß nur reif genug dazu sein. Fritz de Crignis.

Deutscher Kunstbund. Am 8. Oktober v. J. wurde von einer Anzahl Hamburger Künstler und Kunstfreunde der „Deutsche Kunstbund" ins Leben gerufen. Der Sitz des Bundes ist in Hamburg. Die Verbreitung über ganz Deutschland durch Gründungen von Ortsgruppen ist vorgesehen. — Der „Deutsche Kunstbund" macht es sich zur Aufgabe: Die deutsche Kunst, eines der heiligsten Güter des deutschen Volkes, frei zu machen von allem Undeutschen, allem Schmutz, den unberufene Hände hineingetragen haben; junge Künstler aus den Klauen gewinnsüchtiger Ausbeuter und Geschäftemacher zu erlösen, ihnen freie Bahn zu schaffen und sie zu fördern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften, durch Unterstützung jeder Art, durch Ausstellungen und Veranstaltungen usw. in echt deutscher Art. Er steht mit seinen Grundsätzen auf deutschvölkischem Boden. — Mitglied kann jeder Deutsche, Künstler oder Kunstfreund rein arischer Gesinnung und Abstammung werden. Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich in Hamburg, Grindelallee 39, I., wohin auch Gesuche um Aufnahme zu richten sind. —

Wochenschau.

Alle sind für die Einigkeit. Nur versteht unter „Einigkeit" ein jeder, daß die anderen seiner Meinung sind.

Das „Niederländische Dankgebet" ist kein jüdisches Lied, trotzdem darin vorkommt: „Gott der Gerechte".

Höher geht's nimmer! Am Montag wurde ein ganzer Ministerrat verschoben.

Emsige Hände sind daran, die Mainlinie frisch anzustreichen.

Der Brotpreis muß erhöht werden, damit der Fleischpreis nicht sinkt. Man heißt das in Deutschland Volkswirtschaft.

Deutschland atmet auf. Die Mazzosbereitung für das jüdische Osterfest ist gesichert.

Seit Mittwoch beschränkt sich der Fasching auf die Politik

Adel verpflichtet, aber nicht zum Tanzen.

Die Wohnungsnot wird jetzt endlich erkannt. In Schwabing mußten sich 300 Personen in 16 Zimmern amüsieren.

Die Polizei bekämpft vergeblich die Drehkrankheit, indem sie die Namen der armen Erkrankten feststellt.

Für manche Leute ist eine Zelle in der Polizeidirektion gesünder als eine 16-Zimmer-Wohnung in Schwabing.

Fritz de Crignis.

Utting. Am Sonntag, den 13. Februar, findet hier im Saale des „Hotel Wittelsbach“ eine öffentliche Versammlung statt. An Stelle des Pg. Esser, München, der über den Friedensvertrag sprechen sollte, wird Pg. Schriftleiter Hsj. Maurer über „Parteipolitik und Judenfrage“ referieren.

Freilassing. Die Werbeversammlung der N. S. D. A. P. findet nun endgültig am Samstag, den 12. Februar, statt. Neben Pg. Schriftleiter Esser-München wird Landtagsabgeordneter Prodinger-Salzburg das Wort ergreifen.

Schutz- und Trutzbund.

In der Ortsgruppe Mannheim sprach am Freitag, den 4. Februar, Frl. Moser von der deutschsozialistischen Partei über „Deutschen Sozialismus“, nachdem am Freitag vorher Herr Ulshöfer von Stuttgart das Programm seiner Partei erläutert hatte. Frl. Moser sprach in guten Ausführungen über die Probleme der Bodenreform und die Abschaffung der Zinsknechtschaft. In der folgenden Aussprache warf Herr Ernst Müller die Frage auf, über den Unterschied der Programme der nationalsozialistischen D.A.P. und der deutschsozialistischen Partei. Frl. Moser mußte feststellen, daß ein Unterschied kaum vorhanden sei, daß aber der „Geist“ das Unterscheidungsmerkmal bilde. Die Deutschsozialisten wollen unser Land zuerst und in erster Linie von innen in wahrem sozialen Sinne aufbauen und nicht mit dem „Säbel rasseln“. (Zwischenruf: Und dabei 3000 (Papier-) Milliarden zahlen!) Eine nationalistische Politik verurteilen die Deutschsozialisten aufs schärfste. Herr Sporrer, der provisorische Vorstand der neugegründeten Ortsgruppe Mannheim der nationalsozialsozialistischen D.A.P., trat diesem pazifistischen Geiste entgegen und stellte fest, daß ein gesunder, völkischer Geist sich nie zu nationalistischem Empfinden in Gegensatz bringen lasse. Wie kann sich unser Volk von innen heraus neu aufbauen, wenn uns der Schmachvertrag von Versailles erdrückt. Die Ausführungen der Deutschsozialisten waren in hohem Maße geeignet, die Sympathien, die die nationalsozialistische D.A.P. hier hat, noch zu verstärken.

Deutsche Hochschule

Astawahl Königsberg. In den Asta der Universität Königsberg wurden 6 Angehörige des Hochschulrings deutscher Art, bestehend aus dem Kartell nationaldeutscher Korporationen und der Nationalen Arbeitsgemeinschaft der Freien Studenten, und 1 Angehöriger des sogenannten „Fortschrittlichen Hochschulblocks“ — der Jude Birnbaum — gewählt. Der Fortschrittliche Hochschulblock ist ein Sammelsurium von Juden, Sozialisten, Republikanern. Es entfielen auf die erste Liste 1079 Stimmen, auf die zweite Liste 168.

Unterm Scheinwerfer

Die Semmeringgesellschaft von 1920/21

Wir lesen in der Wiener „Deutschen Tageszeitung“: In den Wiener Arbeiterkreisen sterben Leute vor Hunger und Kälte. Weniger kritisch ist die Lage der Kurgäste auf dem Semmering, wo sich ganze Scharen Schwarzgelockter umhertreiben. Vor uns liegt Nr. 9 der „Semmeringer Kurzeitung“ vom 5. Dezember 1920. Mein Gott, da sitzt der Lewinsky aus Krakau, die Nina Feigl, Frau Felsen aus Bielitz, Direktor Rosenfeld aus der Leopoldstadt und noch viele, viele dieses Stammes. Die Kurliste des Sanatoriums Breitenstein verzeichnet: Dr. Ludwig Czech, sozialdemokratischer Vizepräsident des Prager Abgeordnetenhauses samt Gemahlin, Herr Präsident Karl Seitz samt Gemahlin, Abg. Dr. Otto Glöckel samt Gemahlin, Abg. Dr. Otto Bauer samt Gemahlin, Abg. Dr. Fritzchen Adler, Herr Dr. Maxi Adler usw. Diese „Proleten“ haben just zwischen Rheinwein und Mokka einen Aufruf an das tief unten arbeitende Volk erlassen, sich demnächst in Wien zu einer internationalen Zusammenkunft einzufinden, wo über die Not des Arbeiters und — — die Führerschaft beraten werden soll.

Eine nationale Judenpartei in der Slowakei

Prag, 11. Februar. In der Slowakei wurde eine neue Partei der slowakischen nationalen Juden gegründet.

Die Bibelforscher — eine jüdische Truppe

C. Berlin, 11. Februar. In neuester Zeit betätigt sich wieder in erhöhtem Maß die Wachtturm-Bibel- und Traktat-Gesellschaft, Barmen, Zürich, Brooklyn, Neuyork usw. Diese Gesellschaft hat in 35 Sprachen in über 5 Millionen Exemplaren das Buch „Das göttliche Zeitalter“ über die ganze Erde verbreitet, worin auf Grund einseitiger Bibelauslegung nachgewiesen wird, daß auf Grund alter Weissagungen des Buches Daniel das jüdische Volk die Weltherrschaft nach Ausbruch der Anarchie in der Welt antreten wird!

Ein strammer Seelenhirte

In Isenstadt, unweit Lübbeke (Westfalen), hat der protestantische Pfarrer Winkler sich geweigert, den Demokraten das in Verwaltung und Besitz der Pfarrei befindliche „Gemeinde-Vereinshaus“ für eine Reichsgründungsfeier abzutreten. Er schrieb:

„Das Gemeinde-Vereinshaus soll bestimmungsgemäß solchen Zwecken dienen, die dem Christentum, dem Bau des Reiches Jesu Christi in der Welt dienlich und förderlich sein können! Die demokratische Partei steht ganz unter dem Einfluß des Judentums, des geschworenen Feindes des Christentums! Sie ist außerdem eng verbunden mit der antichristlichen Sozialdemokratie! Aus diesen Gründen kann das Gemeinde-Vereinshaus der Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie nicht zur Verfügung gestellt werden.“

Wir haben darüber herzlich gelacht. Aber ganz unrecht hat der Herr Pfarrer nicht!

Münchner Nachrichten

Aus dem Wohnungsamt

Es würde sich schon längst verlohnt haben, in jeder Ausgabe unseres Blattes eine ständige Abteilung „Aus dem Wohnungsamt“ zu bringen, wenn wir der Ansicht gewesen wären, daß dies auch nur den mindesten Wert gehabt hätte. Vielleicht wäre in dem einen oder andern krassen Wohnungsnotfall eine „Erhebung“ gepflogen und dann eine „amtliche Verlautbarung“ kundgetan worden, sonst aber auch nichts. Deshalb wollten wir einmal in öffentlicher Versammlung zuerst grundsätzlich feststellen, daß vom Wohnungsamt eine Abhilfe in der Wohnungsnot niemals zu erwarten ist. Besonders dann nicht, wenn es so gemacht wird, wie in nachstehenden Fällen.

Ein Flüchtling, Apotheker W., bekommt vom Wohnungsamt eine seit dreizehn Wochen leerstehende Wohnung recht- und ordnungsmäßig in aller Form zugewiesen. Der Hausherr war damit nicht einverstanden. Deshalb wurde mit Beihilfe des Wohnungsamtes ein Zwangsmietvertrag laut amtlicher Verfügung abgeschlossen. Nun sitzt aber ein Schwarzmieter in der Wohnung, den der Apotheker W. so lange unbehelligt lassen wollte, bis die Frau des Schwarzmieters entbunden habe. Was geschieht? Stadtrat Dr. Helmreich entzog dem W. einfach die Wohnungszuweisung. Aus!

Ein anderer Fall! Ein seit 1. Januar 1919 Vorgemerkter macht dem Wohnungsamt Mitteilung, daß er eine für ihn passende Wohnung gefunden hätte und bittet, da im Besitz des roten Vordringlichkeits-Ausweises, ihm den Bezug der Wohnung zu gestatten. In der betreffenden Stadtrats-Kommissionssitzung wurde aber die Wohnung einem anderen zugewiesen, der dreiviertel Jahre später vorgemerkt war und die grüne Karte besitzt. Dieser andere heißt: Dr. Gerlich von der „M. N. N.“. Bei dieser konnte man natürlich wieder einmal die Gewerkschaftssekretäre nicht gebrauchen, denen man bekanntlich zum ersten März gekündigt hatte, soviel ich höre, weil sie verschiedentlich das ganze Gebahren so bezeichneten, wie man es tun muß, wenn man der Wahrheit die Ehre gibt. —

Ihr wohnungsuchenden Deutschen, schließt euch endlich zusammen im „Bund für entschiedene Wohnungsnothilfe“, schickt uns euere genaue Anschrift ein. Wir wollen endlich einmal mit aller Kraft dieses brennende Problem ins Rollen bringen.

Hsj.

Der Frontkriegerbund, der im Herbst vorigen Jahres von ehemaligen Teilnehmern zur Pflege der in harten Stunden an der Front geborenen Kameradschaft gegründet wurde und eines seiner Hauptziele in der Wahrung der Treue zum Vaterlande erblickt, vereinigte seiner Mitglieder in den Räumen des Türkisch-Arabischen Cafés zu einem Familienabend. — Ernste und heitere Darbietungen von H. Sendel und August Endres, Rezitationen von Fr. Dr. Weiß, Volkslieder von Herrn und Frau Dellbrück (mit bekannter Meisterhaftigkeit wiedergegeben), Duoszenen von Herrn und Frau Vartani, wechselten in bunter Folge. Den musikalischen Teil der äußerst gutgelungenen Veranstaltung — die Vorarbeiten besorgte der Ortsgruppenvorstand Kam. Dieninger sowie Kam. Biesle — besorgte mit Hingabe die Kapelle Brunner.

Verein ehemaliger Angehöriger d. 19. Bayr. Feldartillerie-Rgts. Am Samstag, den 12. Februar, abends ½8 Uhr, gesellige Zusammenkunft aller Batterien im Sternederbräu, Tal 54 (Leiberzimmer).

Lehrgemeinde für die Forderung des deutschen Rechtes. Die Mitglieder der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, welche beständig den Vorträgen in der Lehrgemeinde für die Forderung nach dem deutschen Rechte beizuwohnen wünschen, werden gebeten, ihre Beteiligung nebst Wohnungsangabe der Parteileitung umgehend bekanntzugeben. — Zweck dieser Anmeldung ist, für die Abhaltung der Vorträge ein der Teilnehmerzahl entsprechendes Lokal zu bestimmen.

Autorenabende des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller. Montag, 14. Februar, 7½ Uhr, liest im Steinickesaal, Adalbertstr. 15, Alexander von Gleichen-Rußwurm aus eigenen Schriften. Karten bei Jaffe und Steinicke.

— Einer für alle, alle für einen. An weiteren Spenden sind eingegangen: Von Dr. L. S., München, M. 5.—; von V., Trossen, M. 20.—; N. N., München, M. 20.—; Pfarrer W., Engelthal M. 20.—; Dipl.-Ing. W., Erfurt, M. 23.—; Lehrer V., Kirchheim, M. 5.—; F. K. Gr., München, M. 10.—.

Der rührige N. Bodung-Verlag für Volksaufklärung versendet ein Schriftenverzeichnis der für jeden Völkischen unbedingt notwendigen Literatur, das wir jedem nur wärmstens empfehlen können. Preis 1 M., am besten durch Einzahlung auf Postscheckkonto Berlin 92 375 zu bestellen.

— Eine Reihe von Lokalnachrichten mußte wegen Stoffandranges zurückgestellt werden.

— Neues Operetten-Theater. In Vorbereitung befindet sich „Die keusche Barbara“, Operette in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Leopold Jacobsohn. Musik von Oskar Nedbal.

— Münchener Schauspielhaus. Sonntag, 13. Februar, nachmittags ½4 Uhr: Hidalla, oder Die Moral der Schönheit. Ende ¾6 Uhr. (Ein Teil der Karten ist an die [M. V. B. 19 401—20 300] abgegeben; abends ½8 Uhr: Der verlorene Sohn. Ende ½10 Uhr. — Montag, 14. Februar, abends ½8 Uhr: Candida. (M. V. B. 30 501 bis 31 500.) Ende ¾10 Uhr. — Dienstag, 15. Februar, abends ½8 Uhr: Der verlorene Sohn. (177 701—18 200.) Ende ½10 Uhr. — Mittwoch, 16. Februar, abends ½8 Uhr: Die Büchse der Pandora. Ende ¾10 Uhr. — Donnerstag, 17. Februar, abends ½8 Uhr: Erdgeist. Ende 10 Uhr. — Freitag, 18. Februar, abends ½8 Uhr: Erstaufführung: Katte. Schauspiel in fünf Akten von Hermann Burte. Ende ¾10 Uhr. — Samstag, 19. Februar, abends ½8 Uhr: Katte. Ende ¾10 Uhr. Sonntag, 20. Februar, nachmittags ½4 Uhr: Candida. (2801—3600.) Ende ¾6 Uhr; abends ½8 Uhr: Katte. Ende ¾10 Uhr. — Montag, 21. Februar, abends ½8 Uhr: Hidalla, oder: Die Moral der Schönheit. (M. V. B. 18 201—19 200.) Ende ¾10 Uhr. — Dienstag, 22. Februar, abends ½8 Uhr: Die Büchse der Pandora. Ende ¾10 Uhr.

— Münchner Volkstheater. Sonntag, 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Wilhelm Tell. Ende 6 Uhr; abends 7½ Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin. Ende 9¾ Uhr. — Montag, 14. Februar, abends 7½ Uhr: Zwangseinquartierung. Ende 9¼ Uhr. — Dienstag, 15. Februar, abends 7½ Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin. Ende 9¾ Uhr. — Mittwoch, 16. Februar, abends 7½ Uhr: Erstaufführung: Die selige Exzellenz, Lustspiel von Presber und Stein. Ende 9¾ Uhr. — Donnerstag, 17. Februar, abend 7½ Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin. Ende 9¾ Uhr. — Freitag, 18. Februar, abends 7½ Uhr: Die selige Exzellenz. Ende 9¾ Uhr. — Samstag, 19. Februar, abends 7½ Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin. Ende 9¾ Uhr. — Sonntag, 20. Februar, vormittags 11 Uhr: Musikalische Morgenaufführug; nachmittags 4 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Schwester Chrysanthemo. Ende 6 Uhr; abends 7½ Uhr: Die selige Exzellenz. Ende 9¾ Uhr. — In Vorbereitung: Uraufführung: „Die ewige Braut.“ Gastspiel Pepi Glöckner.

Alpines und Sport

Die deutschen Skimeisterschaften in St. Andreasberg sind auf den 26. und 27. Februar verschoben. Infolgedessen finden die Allgäuer Wettläufe in Oberstdorf am 12. und 13. Februar und die Bayerischen Skimeisterschaften am 19. und 20. Februar statt.

Sektion Alpiner Skiklub. Führungstouren am Sonntag, 13. Februar: 1. Auf Hochriß—Klausenberg. Abfahrt nach Aschau am Samstag, 12. Februar, ab Hbf. 5,50 Uhr abends. Übernachten in Aschau. Ausrüstung: Felle. Proviant für einen Tag. Führer: Wopperer. — 2. Auf Kreuzeck—Längenfeld. Abfahrt nach H.S. Riffersee am Sonntag, 13. Februar, vom Starnberger Bahnhof um 4,45 Uhr vorm. Treffpunkt: H.S. Riffersee. Ausrüstung: Felle, Proviant für einen Tag. Führer: Lechner.

Sektion Neuland (Skiabteilung). Samstag, 12. Februar, und Sonntag, 13. Februar, sind die Winterschutzhütten am Sudelfeld infolge Abhaltung des internen Werbelaufes für Nichtmitglieder nicht benützbar.

Sektion Oberland. 12./13. Februar Sektionstouren nur für Geübte: 1. Seekarkreuz (Silberkopf), ev. noch Fockenstein. Abfahrt Samstag, 1,10 Uhr, nach Tölz. Übernachten Lenggries. Anmeldung und Auskunft bei Wachter. Tel. 51 932. 2. Wiedersbergerhorn. Abfahrt Samstag, 4,15 Uhr, nach Brixlegg. Paß notwendig. Anmeldung erforderlich an 1. Tourenwart Pausinger, Tel. 20 702. — Dienstag, den 15. Februar, Vortrag Major a. D. Christen: „Der Wert des Luftbildes für die Zwecke der Alpenvereinssektionen.“ Mit Lichtbildern.

Sektion Bergfried. Sonntag, 13. Februar: Skitour für Fortgeschrittene, Pyramidenspitze (Felle mitnehmen). Abfahrt Samstag, 12. Februar, 11.37 Uhr vorm. nach Kufstein. Treffpunkt für Nachzügler: Vorderkaiserfeldenhütte. Führer: Wurm.

Aus dem Algäu. Am letzten Sonntag konnte endlich die Sprungschanze in Wildegund bei Immenstadt eröffnet werden. Der Träger des Preises vom Algäu, Franz Hailer-Immenstadt, errang sich auch hier den ersten Preis. Da der Schnee in den Nachmittagsstunden schwer wurde, litten die Weitsprünge etwas. Eine Woche vorher wurden jedoch Sprünge bis 27 Meter erzielt.

Eingesandt.

Ich klage an!

Was ich am 5. Februar in Schnitzlers „Reigen“ im Schauspielhaus erlebte, treibt mir noch heute die Schamröte ins Gesicht. Daß es eine deutsche Frau gibt, die sich dieses Schmutzstück ansieht, ohne empört den Raum zu verlassen!! Ich glaube, daß es selbst in intimen kleinen Kreisen nur mitleidiges Lächeln hervorrufen kann, daß man ein so heikles Thema in so lächerlicher Weise ans Tageslicht zerrt. Nur der Feigheit der Frauen, die sich als Weltdamen fühlen wollen, schrieb ich es zu, daß es noch zu keinem demonstrativen Verlassen des Raumes gekommen war. Ich selbst war nur hineingegangen, um durch demonstratives Aufstehen den anderen Frauen den Mut zu geben, ihre Anschauung kundzugeben. Zufällig fiel meine Idee mit dem Willen vieler anderer zusammen. Doch ich hätte weinen können, wie ich, abgesehen von degenerierten Jünglingen mit ihrem „Freundinnen“, auch einen Teil der Damen applaudieren sah.

Ich klage an: Alle Frauen, die sich diesen Schmutz ansehen oder gar in Schutz nehmen, daß sie nicht nur keine „Damen“ sind, sondern den Namen deutsche Frau verwirkt haben und damit jetzt schon ihre Kinder schänden.

Ich klage an: Alle Männer, die nicht gegen das Stück vorgehen, daß sie degenerierte Feiglinge sind und damit ihre Mütter, Frauen und Schwestern in den Schmutz ziehen.

Ich klage an: Jene Schauspieler und besonders Schauspielerinnen, die es fertigbringen, heiligstes Erleben zwischen Mann und Frau zu schamlosester Verzerrung zu machen, und daher nicht mehr Volksbildner, sondern Volksverderber sind.

Ich klage an: Die Presse, die ihren Geschmack auf jüdische Mache einstellt und es nicht wagt, an Hintertreppenliteratur Kritik zu üben.

Soll unsere Jugend mit Gewalt zur Perversität erzogen werden? Wir Mädels, die wir Mütter werden sollen, wollen uns diesen Schmutz auf keinen Fall mehr bieten lassen. Wir wollen nicht jeden Mann mit Ekel ansehen und in unserem Geschlecht nur die Dirne sehen. Wir wollen nicht, daß man die deutsche Frau in gemeinster Weise erniedrigt, und deshalb nochmals:

Ich klage an! H. N.

Hauptschriftleitung: Hugo Machhaus. — Verantwortl. für Bewegung und den nichtpolit. Teil: H. Esser. — Völkische Rundschau: Hansjörg Maurer. Kunst und Literatur: F. v. Lenprechting. — Anzeigen: Alois Em. Drexler. Verlag Franz Eher Nachf. G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtl. in München.

Ein Teil unserer verehrl. Bezieher ist mit der Begleichung der Bezugsgebühr für das erste Vierteljahr 1921 noch im Rückstande, weshalb wir diese mittels Nachnahme einheben lassen. Um uns weitere Arbeit und Kosten zu ersparen, bitten wir um Einlösung. Bezieherabteilung des „V. B.“

Nationalsozialisten und Leser des „Völkischen Beobachters“ berücksichtigt beim Einkauf nur Firmen, die in eurem Blatte inserieren! Kauft nicht bei Juden oder Judenfreunden.

Bekanntmachung.

Das Schöffengericht bei dem Amtsgerichte München erkennt in der Privatklagesache Dr. Sali Feibelmann, Rechtsanwalt in Landau i. Pf., gegen Wieser Fritz, Schriftleiter in München, wegen Beleidigung in der öffentlichen Sitzung vom 2. Dezember 1920 in Gegenwart des Oberamtsrichters Frank, der Schöffen Hartmann Albert, Kaufmann, Kurzmann Karl, Verwaltungsbeamter, des stellvertretenden Gerichtsschreibers Steindlmüller, auf Grund der Hauptverhandlung zu Recht:

Der Angeklagte Fritz Wieser, geboren am 31. Januar 1893 in Wassertrüdingen, ledig, Student, ehemaliger Schriftleiter der Zeitung „Münchner Beobachter“, ist schuldig eines Vergehens der üblen Nachrede und wird deswegen zu einer Geldstrafe von einhundert Mark, für den Fall der Uneinbringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und zum Ersatz der dem Privatkläger Dr. Sali Feibelmann, Rechtsanwalt in Landau i. Pf., erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten innerhalb eines Monats nach Rechtskraft des Urteils durch einmaliges Einrücken der Urteilsformel in der Zeitung „Völkischer Beobachter“ in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Art öffentlich bekanntzumachen.

Dieses Urteil gebe ich nach Eintritt der Rechtskraft öffentlich bekannt.

Der Anwalt des Privatklägers:
Levinger, Rechtsanwalt.